



# Beschlussvorlage

öffentlich

Einreichender: SPD-Fraktion	Datum: 05.05.2020	Vorlagen-Nr.: BSVV/0195/20
--------------------------------	----------------------	-------------------------------

Sitzungstermin 28.05.2020	Gremium Stadtverordnetenversammlung	Abst.-Ergebnis
------------------------------	--	----------------

**Betreff: Antrag der Fraktion SPD zur Mobilität für alle  
hier: Beschlussfassung zur Optimierung des öffentlichen Nahverkehrs**

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadt prüft die Etablierung eines Rufbussystems in Werder (Havel). Dazu erarbeitet sie verschiedene mögliche Umsetzungsvarianten inklusive des jeweiligen Kostenaufwandes. Das Ergebnis wird im zuständigen Ausschuss spätestens im November vorgestellt und diskutiert.
2. Die Stellungnahme der Kommune zum Nahverkehrsplan des Landkreises wird vor der Übersendung an den Landkreis im zuständigen Ausschuss diskutiert.
3. Die Evaluationen des Nahverkehrsplanes werden im zuständigen Ausschuss vorgestellt und diskutiert.

gez.  
Nadine Lilienthal  
Fraktionsvorsitzende

**Beratungsergebnis:**

Gremium Stadtverordnetenversammlung					Sitzung am 28.05.2020	TOP
Einst.	Mit Sti.MH	Ja	Nein	Enth.	Lt. Beschluss- vorschlag	abweichender Beschluss

Annette Gottschalk  
Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

**Begründung:**

Zu 1: Die Bürgerinnen und Bürger, die am Rande des Stadtgebietes und in den Ortsteilen wohnen, können nur auf ein sehr eingeschränktes bis gar kein Angebot des öffentlichen Nahverkehrs zurückgreifen. Dies führt dazu, dass viele - und insbesondere ältere Anwohnerinnen und Anwohner - in ihrer Mobilität erheblich eingeschränkt werden und das PKW-Aufkommen steigt. Ein flexibles Rufbusssystem ist ein wertvoller Beitrag zur Steigerung der Lebensqualität der Betroffenen, zur Reduzierung des Verkehrsaufkommens im Stadtgebiet sowie zum Schutz der Umwelt.

Zu 2. und 3: Alle vier Jahre erstellt der Landkreis einen Nahverkehrsplan. Die Kommunen sind vorab dazu aufgerufen Stellungnahmen hierzu abzugeben. Die Umsetzung wird regelmäßig evaluiert. In diesen Prozess sollten die Stadtverordneten aktiv über den jeweiligen Ausschuss mit einbezogen werden, damit möglichst viele Aspekte in die Stellungnahme der Stadtverwaltung mit einfließen können.